



AKTUELLES

DATEN UND FAKTEN

Sie befinden sich hier:

[Startseite Niedersachsen](#)

[Aktuelles](#)

[Aus dem Bundesverband](#)

Infrastruktur statt Betreuungsgeld - Familienzeitpolitik für Alleinerziehende

Berlin, 15. Juni 2012. Beruf und Familie zu vereinbaren, ist in Deutschland weiterhin schwierig und noch nicht selbstverständlicher Alltag. Das stellt der Achte Familienbericht der Bundesregierung unmissverständlich fest. Die mangelnden Betreuungsplätze für Kinder und Schüler/innen auf der einen Seite und eine familienunfreundliche Arbeitswelt andererseits gehen zu Lasten einer eigenständigen Existenzsicherung von Müttern, macht der Achte Familienbericht deutlich.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) kritisiert in seiner Stellungnahme zum Achten Familienbericht, dass die wenigen dort angekündigten Maßnahmen weit hinter den selbst erkannten Erfordernissen zurück bleiben und von wenig Entschlossenheit zeugen. Vielmehr sieht der VAMV beim Ausbau der Großelternzeit sowie der Förderung von Freiwilligentätigkeiten und haushaltsnahen Dienstleistungen eine Tendenz zur Individualisierung: Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden privatisiert, anstatt strukturelle Lösungen für alle zu finden.

Alleinerziehende benötigen verlässliche Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für ihre Kinder in öffentlicher Verantwortung sowie ein Arbeitsrecht, das ihnen ermöglicht, mit dem Arbeitgeber auf Augenhöhe gute Bedingungen für die Vereinbarkeit auszuhandeln.

Der VAMV hält es daher für dringend notwendig, einen Politikansatz zu entwickeln, der Arbeits- und Familienpolitik miteinander vereint. Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die Etablierung von vollzeitnahen und existenzsichernden Arbeitsplätzen und der Ausbau eines flexiblen Betreuungsangebots gehören zusammengedacht.

"Es ist überaus bedauerlich, dass die Bundesregierung einmal mehr ihre Chance vertan hat, ressortübergreifend und entschlossen zu handeln, um allen Familienformen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen", kritisiert Edith Schwab, VAMV-Bundesvorsitzende. "Stattdessen verschwendet sie ihre Ressourcen für eine Herdprämie, die keine(r) will", ärgert sich Schwab anlässlich der ersten Lesung des Entwurfs für ein Betreuungsgeldgesetz im Bundestag.

Dateien

[PM_Betreuungsgeld_Familienpolitik.pdf](#) 88 KB

[VAMV_Stellungnahme_8._Familienbericht.pdf](#) 30 KB

[Zurück](#)